

gen am wenigsten von inklusiver Bildung profitieren. Nach einem anderen Ergebnis von EiBiSch ist das gerade nicht systematisch zu erwarten. Es konnte nämlich gezeigt werden, dass Kinder und Jugendliche, die zusätzlich gefördert wurden (das sind u. a. ja SuS aus Armutslagen), in ihrer Kompetenzentwicklung von den Kompetenzen der nicht zusätzlich geförderten Kinder ihrer Klasse profitieren. Es ist offensichtlich möglich, bei sozio-ökonomischer Hete-

rogenität einer Klasse auch bei auftretenden unterschiedlichen Fördernotwendigkeiten förderliche Lernmilieus zu schaffen, die allen zu Gute kommen. Dass es diesen Möglichkeitsraum gibt, könnte die Begründung dafür sein, steuerungstechnisch Klassen nicht bezüglich des sozialen Hintergrundes der Klassenmitglieder zu entmischen und die Lehrkräfte darin zu unterstützen, den aus der Heterogenität sozialer Lagen zu ziehenden Nutzen auch tatsächlich zu realisieren.

Christiane Mettlau: Lieber Karl Dieter Schuck, herzlichen Dank für das anregende Gespräch zu Ihren Forschungsergebnissen, die sicherlich über Hamburg hinausgehend Interesse finden und Bedeutung haben werden.

Erstveröffentlichung:
"Zeitschrift für Heilpädagogik",
Herausgeber: Verband
Sonderpädagogik, 70. Jg. –
Ausgabe 5/19

INKLUSION 2

Das Schweigen danach

Zur Evaluation der inklusiven Bildung an Hamburger Schulen – kurz: EiBiSch

Seit Ende des Jahres 2018 liegt die EiBiSch-Studie der Autoren Schuck, Rauer und Prinz vor (s. vorherige Seiten). Sie ist eine Auftragsarbeit der Schulbehörde und liefert eine Fülle von Daten und Ergebnissen über den Entwicklungsstand der Inklusion in Hamburger Grund- und Stadtteilschulen.

Mit der vorliegenden Studie wird ein Auftrag der Bürgerschaft zur Evaluation der mit dem Schuljahr 2012/2013 flächendeckend eingeführten inklusiven Bildung an Hamburgs Schulen erfüllt.

Seit ihrem Erscheinen werden diese Ergebnisse links liegen gelassen. Sowohl die politischen Parteien als auch die Schulbehörde und diverse organisierte Standes- und Lobbyvereinigungen, die traditionell in der Öffentlichkeit Kontroversen inszenieren, eint bis heute ein kollektives Schweigen.

Vorläufiger Höhepunkt des „Schweigekartells“ ist die von fast allen politischen Parteien getragene Entscheidung, sich nicht mit der EiBiSch-Studie im Schulausschuss zu beschäftigen,

mit der fadenscheinigen Begründung, dass das Thema Inklusion ausführlich über die „Volksinitiative gute Inklusion“ in diesem Gremium abgehandelt wurde.

Am 20.3.2019 hat die Fachgruppe Sonderpädagogik/Inklusion eine gut besuchte Veranstaltung mit den beiden Autoren Prof. K.D. Schuck und Prof. W. Rauer durchgeführt und damit versucht, dem „Schweigen im

Entscheidend für den Erfolg der pädagogischen Prozesse in den Klassen sind mit hoher Wahrscheinlichkeit die pädagogischen Ideen und die pädagogischen Konzepte

Walde“ einen kleinen Zwischenruf entgegen zu setzen.

Was im Laufe der Veranstaltung klar wurde, ist, dass die in den letzten Jahren sehr stark an den materiellen und personellen Ressourcen entlang geführ-

te Inklusionsdiskussion in eine Qualitätsdebatte inhaltlicher Themen münden muss, die die qualitativen bildungspolitischen Richtungsentscheidungen der letzten sieben Jahre hin zu mehr Standardisierung des Lernens, Testideologie und Vermessung von Kindern kritisch fokussiert. Den oft vordergründig suggerierte Zusammenhang: wenn die Ressourcen nur ausreichend in den Schulen vorhanden sind, verbessert sich die Qualität von Bildungsprozessen, bestätigt diese Studie nicht.

„...Es gibt mit EiBiSch deutliche Ergebnisse dafür, dass kein linearer Zusammenhang zwischen mutmaßlich fehlenden Ressourcen und den Leistungsergebnissen der Schülerinnen und Schüler besteht.

Entscheidend für den Erfolg der pädagogischen Prozesse in den Klassen sind mit hoher Wahrscheinlichkeit die pädagogischen Ideen und die pädagogischen Konzepte für den Einsatz der Ressourcen zur Entwicklung eines adaptiven Unterrichts für alle“. (Schuck/Rauer, S. 314ff)

Weiterhin regen die Autoren

einen Diskurs an, inwieweit die kategorialen Begriffe der sonderpädagogischen Förderung nicht abgeschafft werden könnten, weil sie belegbar keine hinreichend sachgerechte Beschreibung individueller Fördernotwendigkeiten und -bedürfnisse abliefern und zum anderen eine defizitorientierte Sichtweise auf Kinder in den Schulen forcieren können.

Diese defizitorientierten Sichtweisen sehen sie auch verstärkt in Prozessen standardisierter, normorientierter Leistungsmessung (Kermit, VERA usw.), die ebenfalls ihr Versprechen, zur Verbesserung der Unterrichtsqualität beizutragen, nicht einhalten. „Diese regelmäßigen Leistungsmessungen können jedoch das klassische Unterrichtsmodell gleichschrittigen Lernens auch für die inklusive Schule nahe legen.“ (S.312)

Die (inklusive) Schule hat das klassische Begriffsinventar der Pädagogik und Sonderpädagogik und die damit verbundenen Orientierungen übernommen.

„Nun zeigt EiBiSch erneut, dass die klassischen kategorialen Begriffe der Diagnostik kaum einen diagnostischen und prognostischen Wert haben.“ (S.311)

Die Autoren entwerfen die Idee einer regionalisierten, lernprozess-begleitenden Diagnostik, in der dem ReBBZ eine beratende und nicht kontrollierende Funktion zugewiesen wird.

Ferner entwickeln sie Ansätze einer systemischen Ressourcenzuweisung für die 5.Klassen, die nicht das Ressourcen-Ettiketierungs-Dilemma bedienen (Fördermonitoring nach Sozialindex systemisch bereitgestellter Ressourcen) und liefern Argumente für eine gänzliche Abschaffung der LSE-Förderschwerpunkte, die auf der Veranstaltung kontrovers diskutiert worden sind.

In diesem Zusammenhang sind zwei Zahlen von brisanter Bedeutung. In den Grundschulen Ende Klasse 4 erreichen 22,7 Prozent der Kinder nicht die Mindestanforderungen in den Fachdomänen Deutsch und Mathematik. In den Stadtteilschulen Ende Klasse 6 sind es 44,7 Prozent (!). Knapp ein Drittel der 4. Klässler_innen haben einen zugewiesenen Förderbedarf LSE. In der Stadtteilschule sind es sogar nur ein Viertel der Schüler_innen. Das zeigt u.a., dass die LSE-Förderbedarfe eher ein randständiges Problem darstellen.

Dies ist nur eine fragmentarische Zusammenschau der in der Veranstaltung diskutierten EiBiSch-Ergebnisse.

Die Studie liefert ein Füllhorn an Informationen, die es wert sind, einzeln betrachtet und im Kontext inklusiver Einrichtungen kritisch diskutiert zu werden. Leider geschieht dies, wie eingangs erwähnt, zu wenig.

Kann es sein, dass SPD und GAL im Vorwahlkampf keine Inklusionsdiskussion „anzetteln wollen“, die ja schon in NRW zur Abwahl einer rot-grünen Landesregierung mit beigetragen hat? CDU/FDP müssten alte Forderungen der GAL übernehmen (Pfiu!) und die Linkspartei müsste vielleicht eine weitaus kompliziertere Diskussion fortsetzen, die sich nach außen nicht so einfach plakatieren lässt. Somit sitzen die Autor_innen mit ihrer Studie politisch zwischen allen Stühlen. Dabei gibt es in der Bundesrepublik keine vergleichbare, aktuellere empirische Studie zur Inklusion. Mit ihr werden vorhandene Datenbestände mit den erhobenen Forschungsdaten im Quer- und Längsschnitt verknüpft, sowie die Erfahrungen der im Praxisfeld Handelnden (Lehrer_innen, Schüler_innen,

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch zum Beispiel über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine **kostenlose persönliche Beratung** zu diesen und ähnlichen Fragen an. **Die nächsten Termine sind der 04.06. und 27.08.2019, 15 bis 17 Uhr** (offene Sprechstunde ohne Terminvereinbarung). Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer_innen als auch an Beamt_innen.

KARIN HUFERT,
ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW

Eltern...) mit einbezogen.

Die Datenbasis ist das Schuljahr 2015/2016 und reicht bis in den Beginn des Schuljahres 2017/2018 hinein. Es ist ein Skandal, dass eine für das Hamburger Schulwesen wichtige Studie verschwiegen oder diskreditiert wird, wie das ein allseits bekannter hoher Funktionsträger aus der Schulbehörde praktiziert, in dem er wider besseres Wissen behauptet, dass die EiBiSch – Studie auf „alten Daten“ basiert.

Aus der Sicht eines Schulpraktikers, der seit Jahren Integration und Inklusion vor Ort mitgestaltet, sind die Tendenzen aus dem Jahre 2016 im Jahr 2019 noch intensiver zu spüren. Statt endlich zu beginnen, eine inklusive Lernkultur zu fördern, werden den falschen bildungspolitischen Entscheidungen der letzten Jahre noch weitere hinzugefügt und der

Inklusion entgegengesetzte Prozesse beschleunigt; neue normorientierte und standardisierte Tests an Grundschulen; mehr verbindliche Lernkontrollen schon ab Klasse 2; noch mehr Standardisierung und Normierung; mehr Kontrolle, Sortierung

*Seit ihrem Erscheinen
werden diese Ergebnisse
links liegen gelassen*

und Vermessung von Kindern; mehr administrative Aufgaben und weniger Zeit, um individuelle Lernwege begleiten und für erfolgreiches Lernen notwendige Beziehungen aufbauen zu können!

Frei nach Albert Einstein ist die Definition von Wahnsinn,

immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten.

Der Standardisierung-Mainstream der Hamburger Schulpolitik trägt Züge dieser Definition in sich, denn auf offenkundige Probleme wird immer wieder mit dem Drehen an der Standardisierungsschraube reagiert. Die Ergebnisse bleiben gleich.

Die Auseinandersetzung mit der EiBiSch – Studie könnte eine Richtungsentscheidung hin zu einer anderen inklusiven Bildungspolitik befördern. Die Ergebnisse gehören in die öffentliche Debatte.

Wir in der GEW können mit dafür sorgen, dass sie dort kommuniziert und diskutiert werden!

ULLI MEISTER,
SVEN QUIRING

FG Sonderpädagogik/Inklusion

SCHULABGÄNGER_INNEN 2018

Die Verlorenen

Ernüchterung statt Bewunderung

Wenn man der Schulbehörde und Schulsenator Rabe glauben darf, herrschen in Hamburg geradezu „paradiesische“ Zustände auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Aus der ganzen Welt pilgern Interessierte nach Hamburg, um die Jugendberufsagenturen zu bewundern. Schon ab Klasse 8 werden die Schülerinnen und Schüler auf die Bewerbung für einen Ausbildungsplatz orientiert. Und wer es dann nach Klasse 10 immer noch nicht verstanden hat, der wird in Klasse 11 in der Ausbildungsvorbereitung weiter „orientiert“. Die „Erfolge“ dieser Berufsbildungspolitik müsste der Senat in der ihm eigenen Bescheidenheit eigentlich in die Öffentlichkeit hinausposaunen.

Erstmals in diesem Jahr keine Pressekonferenz und Presseerklärung zur Befragung der Schulabgänger_innen

Tatsächlich hat Schulsenator Rabe in den zurückliegenden Jahren die Ergebnisse der Schulabgängerbefragung, auch wenn sie äußerst dürftig waren, auf einer eigens dazu einberufenen Pressekonferenz mit einer exklusiven Presseerklärung präsentiert. Auffällig war, dass diese Pressekonferenzen mit einer immer größeren Verzögerung im Schuljahr durchgeführt wurden und dass auf diesen Pressekonferenzen stets eine Besserung in der fernen Zukunft versprochen wurde.

In diesem Jahr hat sich die Schulbehörde nicht nur besonders viel Zeit gelassen, sie hat

sogar erstmals keine eigene Pressekonferenz angesetzt und auch keine Presseerklärung zur Schulabgängerbefragung herausgegeben. Vielmehr hat der Schulsenator einige Daten eher beiläufig am Rande einer Pressekonferenz vom 7. Februar 2019 zu den „Erfolgen“ der „Ausbildungsvorbereitung für Migranten“ erwähnt (auch ein Thema für sich).

Diese ganze Einbettung der Schulabgängerbefragung 2018 muss eine kritische Öffentlichkeit hellhörig machen. Wenn alles gut gelaufen wäre beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung, wäre Schulsenator Rabe nicht derart kleinlaut damit umgegangen. Aus diesem Grund hat die Linksfraktion in der Hamburgischen Bürger-